

Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni

UnAUFGEFORDERT 30

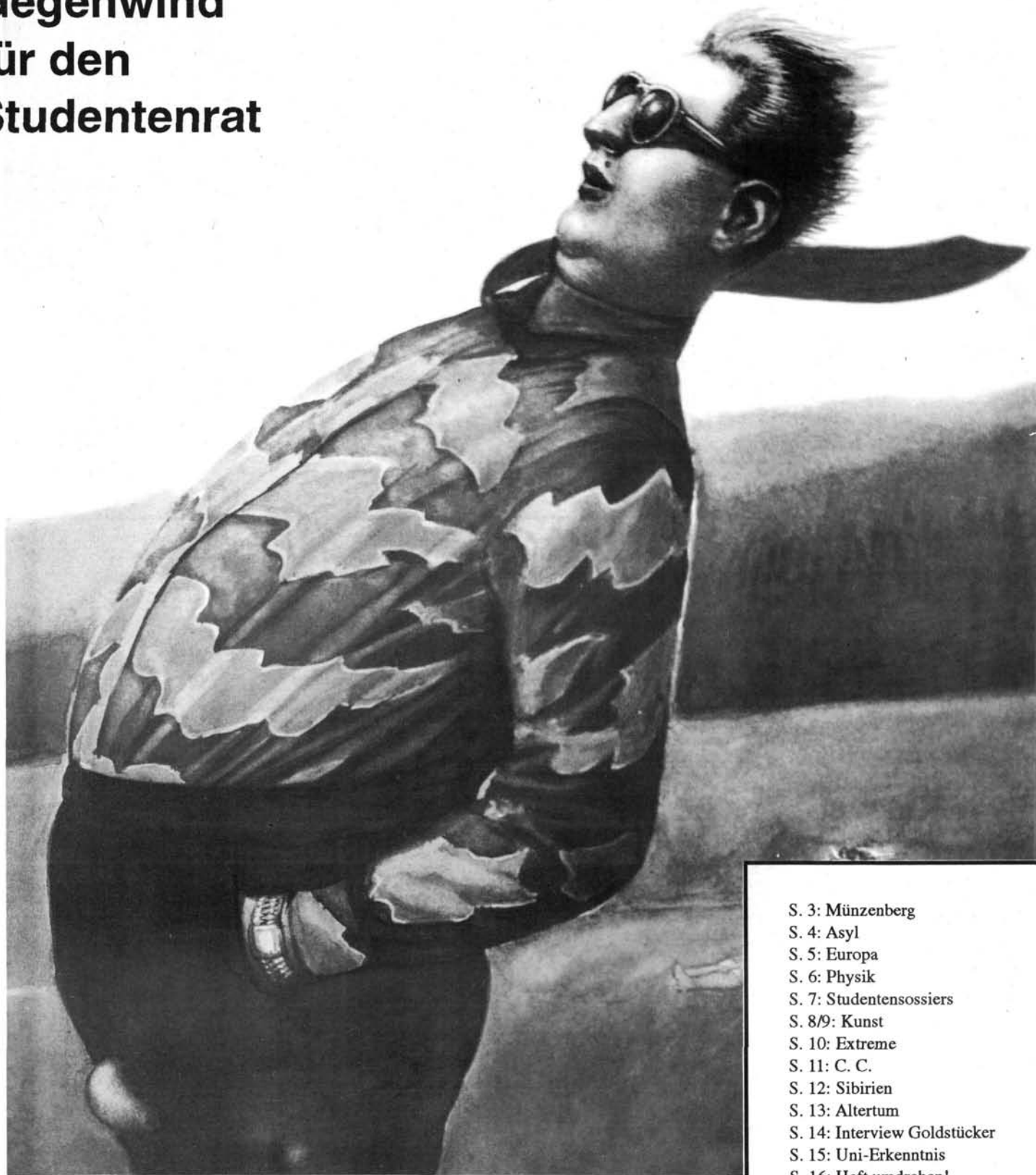
50 Pfennig

Für Nichtstudenten 100% Aufschlag

Am Zeitungskiosk für alle 70 Pf.

8. November 1991

Gegenwind für den Studentenrat



- S. 3: Münzenberg
- S. 4: Asyl
- S. 5: Europa
- S. 6: Physik
- S. 7: Studentensossiers
- S. 8/9: Kunst
- S. 10: Extreme
- S. 11: C. C.
- S. 12: Sibirien
- S. 13: Altertum
- S. 14: Interview Goldstücker
- S. 15: Uni-Erkenntnis
- S. 16: Heft umdrehen!

Liebe Leute von UnAUFGEFORDERT!

Duften diese Zeitung! Auch weiterhin will ich UnAUF lesen. Nachdem ich nun von Berlin weggezogen bin, fehlt sie mir: UnAUFGEFORDERT! Da ich nun weit weg wohne: Bitte sendet mir UnAUFGEFORDERT! Bitte mit Sonderbeilage (letztens in der Sonderbeilage der Text des sehr makaberen, aber leider wichtigen Hochschulergänzungsgesetzes).

Von April bis Juli war ich Student an der HUB. Nach diesem duften und sehr, sehr interessanten HUB-Gast-Studiensemester möchte ich unbedingt und gerne den Kontakt zur HUB und ihren Studenten aufrecht halten: Bitte mit UnAUFGEFORDERT! [...] Als Student kam ich von der Uni Konstanz, dorthin ging ich nun zurück. Da die Wohnungsnot in Konstanz tierisch ist, wohnen wir ein paar Minuten hinter der Grenze in der Schweiz:

Ist UnAUFGEFORDERT auf dem Weg, eine internationale Studentenzeitung zu werden? Sicherlich. Macht bitte weiter so! Bitte sendet mir UnAUFGEFORDERT ab sofort für erstmal ein Jahr. Beste Grüße

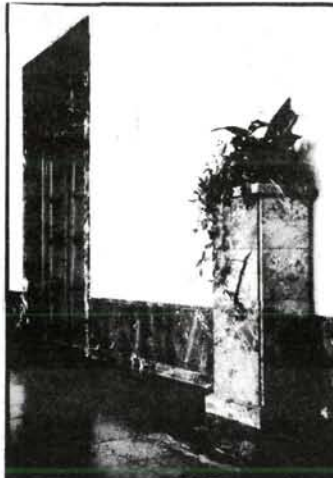
Hartmut Friedrich

EDITORIAL

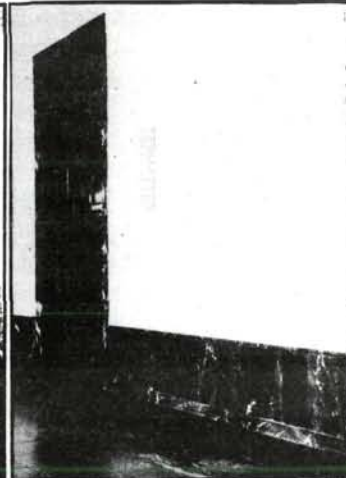
Diese Blattmitteilung widmet sich, wie üblich, dem vergangenen Heft. Ein von der Druckerei begangener Fehler verschandelte und sinnentstellte die letzte Seite mit den hintergründigen Ergüssen des Spreebeobachters. Die korrekte Reihenfolge der hervorragenden Fotos zu den Bildunterschriften muß natürlich so sein:



Wahn Unsterblichkeit:
August 1991



September 1991



Oktober 1991 Fotos: Flisahn

Ein nächstes: Ein schönes Sprichwort sagt weiß Brot ich eß, des Lied ich sing. Leider aber können wir das Lied des Studentenrates nicht singen, da der zugesagte Artikel einfach nicht eingetroffen ist, wer daran die Schuld trägt, wird zur Vermeidung von Denunziation verschwiegen. So muß es also bei dieser Ausgabe bei dem Titelbild, das die Probleme des Studentenrates symbolisieren soll, bleiben. Hoffentlich ein nächstes Mal mehr. Und jetzt viel Spaß beim Lesen.

Ach ja, wir brauchen einen neuen Redakteur, bei Interesse in der Redaktion oder im Studentenrat melden!

Raum für Gedankenfreiheit



Impressum

UnAUFGEFORDERT Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Universität. Erstmals erschienen am 17. November 1989.

Redaktion: Falko Hennig (leitender Redakteur); Stefan Deutscher, Heiko Fritsch, Thomas Gensch, Matthias Kolbe, Jens Kracheel, Robert Kraft, Katrin Pietzner, Malte Sieber, Uwe Tigör.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, O-1086 Berlin; Hauptgebäude Raum 3022, Tel. 2093 2288

Herauswerfer: Studentenrat der Humboldt-Uni Berlin, Unter den Linden 6, Berlin 1086, Tel. 2093 2645; INFObüro: Hauptgebäude Raum 2016

Redaktionsschluß: 1991

Satz: wir selbst **Druck:** Contrast, Hauptstr. 159, 1-62

Lizenz: (36a) 5077B beim Magistrat von Berlin gedruckt auf Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.

Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenem Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich Ende Mai. Die Redaktionssitzungen sind öffentlich. Nächste am 11. Juni, 20 Uhr, in der Redaktion. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: ebendann

Konto: BfG, M.Kolbe, 2624780300, BLZ 100 101 11

Wer kennt Willi Münzenberg?

Der Dietz-Verlag lebt noch und brachte Biografie über den "Roten Pressezaren" heraus

Unangenehme Erinnerungen

Gleich zwei unangenehme Erinnerungen werden geweckt, wenn man das schön hergestellte Buch von Harald Wessel in die Hand nimmt. Da ist erst mal der Dietz-Verlag, der in der DDR vor allem durch Parteitagbroschüren und Kommentare zu Rechenschaftsberichten bekannt war. Eine Ausnahme: Das Gorbatschow-Buch 1987/88, das damals nicht mal von Verlagsmitarbeitern in gewünschter Menge bezogen werden konnte. Auf Druck von oben war eine nächste Auflage nicht erschienen und die erste hatte schon Alibi-Funktion.

Die andere unangenehme Erinnerung ist die an den Verfasser. War das nicht der Chefredakteur des ND, der sich noch Mitte 1989 weigerte, ein Interview mit "Hoffnungsträger" Markus Wolf zu veröffentlichen? Oder nur eine zufällige Namensgleichheit? Dann bitte ich um Entschuldigung.

Tausendsassa Münzenberg

Aber der unangenehmen Entdeckungen ist noch immer nicht genug, denn schließlich stößt man auf eigene Wissenslücken, die man eher bei einem Wessi erwartet hätte. Wieso kennen wir, die wir doch in einer Diktatur mit kommunistischem Anspruch aufgewachsen sind, nicht einen Kommunisten, der einer der talentiertesten PR-Männer der damaligen Zeit war. Den Gründer der Internationale Arbeiter Hilfe IAH und der Arbeiter Illustrierten Zeitung AIZ? Den Freund Lenins und Clara Zetkins, dem Bekannten von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht? Warum kennen wir nicht den kommunistischen Reichstagsabgeordneten, der den Nazis aus dem Exil heraus die einzige Niederlage ihrer ersten Regierungszeit beibrachte? Den Mann der mit einer Pressekampagne, wie sie die Welt noch nicht kannte, den Reichstagsbrandprozeß zu einem Sieg der An-

geklagten verwandelte? Der das Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror herausbrachte? Den Mann, der als der Rote Pressezar berühmt war und der auf der Flucht vor den Nazis umkam?

Dummheit, besser Blindheit

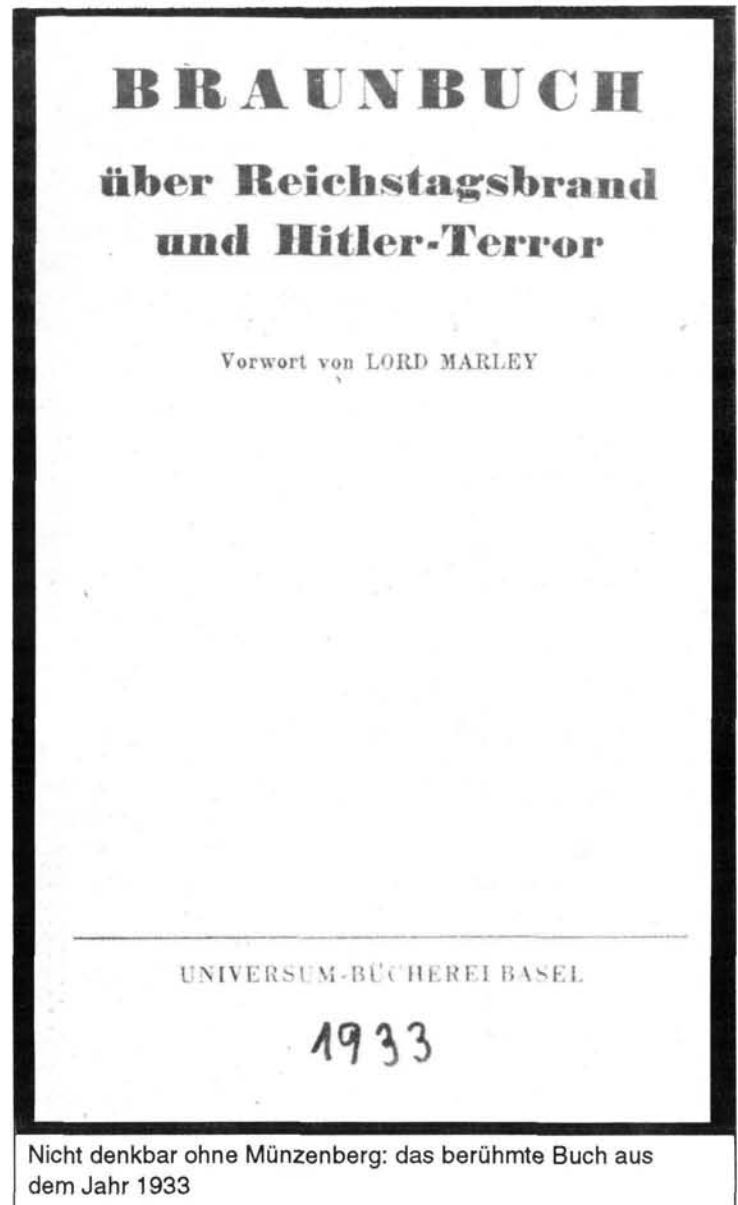
Haben wir nicht aufgepaßt in der Schule? Vielleicht, aber mit Willi Münzenberg werden wir jetzt bekannt gemacht mit einer weiteren Figur aus der Reihe der Unpersonen. Nicht die Schlechtesten waren es, die man uns verschwie. Die meisten der Opfer der Parteibürokratie und des Stalinismus glaubten trotz allem weiter fest an die Partei und oftmals sogar an Stalin. Aber diese Form der Dummheit oder besser Blindheit ist Willi Münzenberg nicht vorzuwerfen. Während viele Kommunisten mit erstaunlicher Gehirnakrobatik selbst den Hitler-Stalin-Pakt bejubelten, war für den umtriebigen Münzenberg mit der Aufteilung von Polen zwischen Deutschland und der Sowjetunion das Maß überschritten, bis zu dem er schweigen konnte.

In DER ZUKUNFT vom 22. September 1939 erscheint sein Artikel "Der russische Dolchstoß", der mit der Schuldzuweisung endet: "Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm und rufen, nach dem Osten deutend: Der Verräter, Stalin, bist Du."

Qualitäten

Das war Grund genug, für die Deutsche KP Münzenberg intrigant aus der Partei auszuschließen. Und jedenfalls Grund genug, vom NKWD umgebracht zu werden. Im letzten Kapitel des Buches weisen jedoch die Dokumente und Indizien eher auf Selbstmord, den der 51jährige in auswegloser Lage als einzige Möglichkeit sah.

Das Buch, in echtem Leinen, mit sorgfältigen Quellenangaben und Register (Harald Wessel: "Münzenbergs Ende" Ein deutscher Kommu-



Nicht denkbar ohne Münzenberg: das berühmte Buch aus dem Jahr 1933

nist im Widerstand gegen Hitler und Stalin, Berlin 1991, 34,-DM) auf gutem Papier macht Freude, ist spannend nicht trotz der vielen Dokumente sondern gerade durch sie. Ausführlich sind Münzenbergs Lebensjahre von 1933 (Reichstagsbrand) bis zu seinem Tod 1940 behandelt. Über sein gesamtes Leben gibt ein Kapitel am Schluß des Buches in Daten und Episoden Auskunft. Auch nicht uninteressant sind die beschriebenen Verrenkungen der DDR-Geschichtsschreibung, Münzenberg bei dessen Aktionen nur als

Randfigur auftauchen zu lassen.

In einem Gedicht schrieb der gerade 25jährige Münzenberg 1915:

Letzte Bitte

Und schreibt auf meinen Grabstein

In dunkelroter Schrift:

"Mit Hirn und Herz er strebte,
Wenn nutzlos auch, zum Licht"

Die ihn verschwiegen, in der DDR, mußten erfahren, daß sie nutzlos strebten.

F.

Kolja und die Klippen der Gesetze

Asylrecht in Deutschland

"Die Verfassung eines Staates sollte so sein, daß sie die Verfassung des Bürgers nicht ruiniert." Stanislaw Jerzy Lec

Neulich fragte man mich auf einem Amt nach der Herkunft meines Namens. Als ich sagte, er stamme aus Ungarn, erklärte mir der Beamte, Asylbewerber würde er nicht bearbeiten. Geduldig klärte ich ihn auf, daß mein Asylverfahren schon 300 Jahre zurückliegt. "Dann sind sie also Deutscher!", stellte er fast erleichtert fest.

In meinem Haus wohnt seit ein paar Monaten Kolja, ein Lockenkopf aus Moskau. Kolja gehört zu der zur Zeit bestgehaßten Minderheit hier. Er ist Ausländer und Flüchtling, allerdings einer, der nicht die Spur einer Chance hat, die ausgefeilten Klippen der bundesdeutschen Ausländergesetzgebung zu umschiffen. Kolja ist weder Jude noch politisch Verfolgter, in Moskau sitzt nicht mehr das Böse der Welt, und Bürgerkrieg ist auch noch nicht. Vor einiger Zeit haben die deutschen Behörden seinen sowjetischen Paß eingezogen und nun wartet er auf die Abschiebung in sein Heimatland.

Der Flüchtling oder Asylsuchende tat schon früher gut daran, sich bereits vor seiner Ankunft in der kalten deutschen Wunschheimat genau zu erkundigen, wie er am besten an den Fallstricken der deutschen Justiz vorbeikommt. Man ersparte sich so, Opfer der Tricks und der Gefühllosigkeit einer Genehmigungsmaaschinerie zu werden, die mittlerweile das Ausführungsorgan der "Das Boot ist voll" - Ideologen geworden zu sein scheint. Die schon seit langer Zeit heftig geführte Debatte um die Änderung des in der Verfassung verankerten Rechtes auf Asyl - ein Ergebnis des 2. Weltkrieges, als Deutschland die Welt mit einem Strom an asylsuchenden politisch Verfolgten beglückte, die keiner haben wollte und alle Welt von Land zu Land weiterschob - hat unter dem Dampfhammer des Terrors gegen Asylbewerber neue Dynamik erhalten. Daß sich dabei besonders die regierenden "Christ"demokraten nicht für, sondern gegen den Erhalt des Artikels 16 der Verfassung, der politisch,

rassisch und religiös verfolgten Asyl garantiert, einsetzen, wundert hierzulande niemanden mehr.

Die Fratze des häßlichen Deutschen von Hoyerswerda, der mit Glatze und Baseball-Schläger auf Asylbewerberheime losgeht und jedem Ausländer nach dem Leben trachtet, ist nur die Spitze eines Eisberges von Problemen, vor deren Komplexität sich Diskutanten auf beiden Seiten hier nur zu gern drücken. Der Skin-Head für sich ist ja auch nicht das Problem; der am Fenster rauchende und das Schauspiel duldende, wenn nicht sogar genießende Durchschnittsdeutsche schon eher. Aber auch das hat Ursachen. Und sollte jemand hierzulande ernsthaft glauben, mit der Abschaffung des Asylrechtes in Deutschland lasse sich auch nur eines der vielen sozialen Probleme lösen, dann wird ihn der gemeinsame Markt sicher schon bald unsanft aus seinen Träumen holen.

Daß das angeblich so volle Boot im Vergleich eher unverhältnismäßig leer ist, zeigen ein paar nackte Daten: Seit 1949 hat die Bundesrepublik insgesamt nur in 130 000 Fällen Menschen, die Asyl suchten, auch solches gewährt. Dazu kommen noch einmal etwa 270 000 anerkannte Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention, die von der Bundesrepublik als §51 des Ausländergesetzes fast wortgetreu in Bundesrecht übernommen wurde. Das ist fast gar nichts im Vergleich zu z.B. Malawi, das auf 8 Mio Einwohner eine Mio Flüchtlinge verkraften muß. Auch der Ausländeranteil an der Bevölkerung der Bundesrepublik ist klein und hat sich seit den 70er Jahren (4,2 Mio 1973) bis heute (4,7 Mio 1991) fast gar nicht verändert.

Das deutsche Asyl- und Ausländerrecht kann sich im Vergleich zu seinen westeuropäischen Nachbarn durchaus sehen lassen. Immerhin gibt es nicht nur die in Bundesrecht überführte Genfer Flüchtlingskonvention als Grundlage, wie auch in den meisten anderen westeuropäischen Ländern (mehr oder weniger eingeengt), sondern eben das einklagbare Individualrecht auf Asyl. Jeder, der sich politischer Verfolgung ausgesetzt glaubt und deut-

schen Boden erreicht, muß damit von der Bundesrepublik erst einmal aufgenommen werden. Aktionen wie die der italienischen Regierung gegenüber den albanischen Flüchtlingen läßt die deutsche Verfassung nicht zu, wenn die Flüchtlinge einen Asylantrag stellen.

Nazis einst "Volksdeutsche" von anderen "Rassen" trennten. Rechtliche Grundlage für diese letzte Gruppe sind ebenfalls die Verfassung, die in Artikel 116 regelt, wer Deutscher ist, sowie das Bundesvertriebenenrecht. Daß damit nationale Minderheiten in Polen und der Sowjet-



Sollte uns zu denken geben: so nachsichtig behandelte man Mathias Rust 1988 in Moskau Bild aus "Augenschmaus - das neue Tagebuch" von Deix im Diogenes Verlag

Grundsätzlich kennt das deutsche Recht 3 Kategorien von Hilfesuchenden: Da sind zuerst die Asyl-Suchenden nach Artikel 16 Grundgesetz, zweitens die Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und drittens die sogenannten "Vertriebenen", d.h. Menschen, die in den Gebieten wohnen, die am 31.7.1937 deutsches Staatsgebiet waren und eine deutsche Abstammung nachweisen können, was in der Regel nur mit Hilfe von Dokumenten möglich ist, mit denen die

union automatisch deutsche Staatsbürger sind, hat der bundesdeutschen Verfassung sicher nicht zu Unrecht den Vorwurf eingetragen, de facto Gebietsansprüche zu stellen. Allerdings wird mittlerweile über die restriktive Visavergabe der Deutschen Botschaften geregelt, daß der Strom der deutschstämmigen Russen und Polen immer schmaler wird.

Ein Asylbewerber muß, nachdem er deutschen Boden erreicht hat, bei der Ausländerbehörde einen

Asylantrag stellen. Diese Anträge werden dann zentral von einer Bundesbehörde mit dem klangvollen Namen "Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" bearbeitet. Er selbst wird nach der Aufnahme in ein Sammellager, in dem seine Daten von Polizei und Geheimdienst aufgenommen werden - was einen Bruch deutscher Gesetze bedeutet und die Flüchtlinge de facto kriminalisiert -, in ein Bundesland weitergeschickt, das ihn dann in einem Heim für Asylbewerber unterbringt.

Nur 5 % der gestellten Asylanträge werden vom Bundesamt anerkannt. Die Bearbeitungszeit für einen Antrag beträgt derzeit 2 Jahre. Mit einem anerkannten Asylantrag verbunden sind eine Arbeitserlaubnis, Wohnberechtigung, der Anspruch auf Sozialhilfe und die unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Wer abgelehnt wird, kann vor einem Verwaltungsgericht klagen, und gut 25% aller Klagen haben Erfolg. Dem Rest der Asylbewerber droht danach die Abschiebung in ihre Heimat. Das Problem eines Asylverfahrens ist es, die individuelle Verfolgung glaubhaft nachzuweisen. Positiv ist die Neuregelung, daß mit einem anerkannten Asylantrag automatisch auch Frau und Kinder des Antragstellers Asyl erhalten.

Wer politisch, rassisch oder religiös verfolgt wird, ohne eine individuelle Verfolgung nachweisen zu können, wie z.B. Kurden, Tamilen oder auch Palästinenser aus dem Südlibanon, ist mit einem Asylantrag fast chancenlos. In dem Fall ist die Möglichkeit, als Flüchtling anerkannt zu werden, deutlich besser, denn "... niemand darf bei Gefahr für Leib und Leben" laut Genfer Konvention ins Heimatland abgeschoben werden. Wird der Flüchtlingsstatus anerkannt, erhält der Flüchtling allerdings nur eine "Duldung", die nach der Neuregelung des Ausländerrechtes vom Beginn dieses Jahres nur noch ein halbes Jahr beträgt. Er hat in dieser Zeit immerhin (auch neu) das Recht auf Sozialhilfe und eine Arbeitserlaubnis.

Die Zuwendungen für Flüchtlinge variieren jedoch von Bundesland zu Bundesland stark und bestehen in Baden-Württemberg, einer konservativen Hochburg, nur noch in Sachmitteln. Nach einem halben Jahr wird überprüft, ob dem Flüchtling noch Gefahr bei der Rückkehr droht. Finden die Bundesbehörden die

Bürgerkriegslage in Sri Lanka z.B. dann vertretbar, wird der Flüchtling gnadenlos abgeschoben. Auch das ist neu und an haarsträubenden Beispielen bereits vorerzählt worden. Außerdem hat seit Anfang des Jahres auch das Bundesinnenministerium ein Mitspracherecht bei den Verfahren, während früher die Bundesländer allein über die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für Flüchtlinge entschieden. Viele sehen darin einen Bruch der föderalen Prinzipien der Bundesrepublik. Erst nach 2 Jahren kann ein Flüchtling eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. Allerdings ist auch das Recht auf Anerkennung als Flüchtling vor den Verwaltungsgerichten einklagbar.

Die Neuregelungen des Ausländerrechtes vom Beginn dieses Jahres sind insgesamt als Verschlechterung der Situation von Flüchtlingen zu werten. Es gibt eine Liste von Ländern, aus denen Ausländer nach Deutschland nur mit gültigem Einreisevisa einreisen dürfen. Damit werden die Deutschen Botschaften dieser Länder zur ersten schwerwiegenden Hürde und Richtschnur über die Einreise. Das gilt auch für die sogenannten deutschstämmigen Aussiedler aus Polen und der Sowjetunion und zeigt, daß mit dem Ende des kalten Krieges auch die Förderung der Angehörigen deutscher Minderheiten ihre politische Funktion eingebüßt hat. Außerdem erlegt die Bundesregierung Fluggesellschaften, die Ausländer mit ungültigen oder falschen Einreisepapieren transportieren, eine Pro-Kopf-Geldstrafe von 5000 DM auf. Damit werden die Reisegesellschaften faktisch zu vorgeschobenen deutschen Grenzkontrollbehörden. Die an der polnisch-deutschen Grenze kampierenden Rumänen sind der erste Effekt dieser Maßnahme. Auch Kinder unter 16 Jahren brauchen nach der Neuregelung des Ausländerrechtes nun ein deutsches Einreisevisa. Für Arbeitsmigranten ist bereits mit Polen und der CSFR in bilateralen Verträgen geregelt, daß eine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland nur so lange gilt, wie der zeitlich befristete Arbeitsvertrag gültig ist.

Neuerdings erarbeitet das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge aufgrund interner Gutachten des Außenministeriums seine Entscheidung über

einen Asylantrag oder Antrag auf Anerkennung als Flüchtling, Gutachten natürlich, die nicht öffentlich zugänglich sind. All das ist ein Ausdruck für die zunehmende Abschottung der Bundesrepublik gegenüber den Problemen einer krisengeschüttelten Welt, die zu einem nicht geringen Teil von hier aus erst ihren Ausgang nehmen. Daß der Versuch, dem Flüchtlingsproblem über eine Verschärfung des Ausländerrechtes beizukommen, scheitern muß, braucht daher wohl nicht erst diskutiert werden. Die öffentliche Debatte hier ist nichts wert. Sie moralisiert und niemand traut sich

auch nur, die Hintergründe zu erfragen. Es wundert vor dem Hintergrund der erheblichen sozialen Spannungen in der neuen gesamtdeutschen Gesellschaft eigentlich nicht, daß eine aus Desinformation und Denkfaulheit gespeiste Intoleranz sich mit Brandflaschen und Knüppeln an denen vergreift, die sich nicht wehren können. Ob das allerdings mit nationalen Besonderheiten ursächlich zu erklären ist, wage ich zu bezweifeln.

Uwe Tigör

"Das Volk aber ist wie immer der Lage nicht gewachsen." Wenzel und Mensching

Studieren in Europa

Unter dem Motto "Studieren in Europa" veranstaltet die Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vom 4. 11. bis 2. 12. 91 eine Informationsrundreise durch insgesamt 16 Hochschulen in den Neuen Bundesländern.

Die Information der Studenten und Mitarbeiter der Hochschulen

Hintergrund für diese Aktivitäten ist der Europäische Binnenmarkt, der für alle EG-Bürger das Recht auf Freizügigkeit beinhaltet. Jeder darf in dem EG-Land seiner Wahl leben, lernen und arbeiten. Etliche Bildungs- und Austauschprogramme sollen faire Chancen für den Zugang zum Arbeitsmarkt aller EG-Länder geben.



Umleitung oder Kreuzweg nach Europa? Foto aus "Alpträum Auto" Raben Verlag

über die Bildungspolitik und die zahlreichen Bildungs- und Austauschprogramme der Europäischen Gemeinschaft wird dabei im Vordergrund stehen.

Hier an der HUB wird die EG-Kommission vom 26. bis 27. November Station machen. Wahrscheinlich wird auch ein Beraterteam des Bundesministeriums für Forschung und Technologie anwesend sein, um über die Vielzahl der EG-Programme im Bereich der Forschung und Technologie Auskunft zu geben.

So soll z. B. das ERASMUS-Programm die Mobilität von Studenten fördern. COMETT vermittelt und unterstützt Partnerschaften zwischen Unis und Unternehmen und verschafft Studenten Betriebspraktika.

"Jugend für Europa" hilft bei Jugendaustauschmaßnahmen für Leute zwischen 15 und 25 Jahren und LINGUA soll Sprachausbildung von Schülern, Studenten und Arbeitnehmern verbessern.

(Pressemitteilung)

Personalbewertung in der Physik

Glaubwürdige Vergangenheitsbewältigung oder tribunalhafte Abrechnung?

"KOMMISSIONSKÖPPE - sie leben hoch!" hieß es vor der Sommerpause in UnAUF Nr. 28 zur wenig glaubwürdigen und viele Erwartungen enttäuschenden Tätigkeit der Personal- und Strukturkommissionen (PSK) an der Humboldt-Universität (HU). Kein Jubel über die PSK an der HU insgesamt oder wenigstens vereinzelte Highlights unter den PSK an einigen Fachbereichen? Von Letzterem kann zumindest am FB Physik nicht die Rede sein, ernsthafte Überlegungen zu neuen "Strukturen" waren hier z. B. kein Thema für die PSK. Aus jetziger Sicht bei nahe zurecht - angesichts der immer unbefriedigender werdenden Prozesse an der HU und der Unberechenbarkeit des Wissenschaftssensors. Beim "Personal" waren es hauptsächlich die Angehörigen des Mittelbaus, die von der PSK hinsichtlich fachlicher Kompetenz und persönlicher Integrität bewertet wurden. Weitgehend undramatisch und überwiegend anhand beantworteter Fragespiegel sowie eingereichter Personalunterlagen. Verständlicherweise, möchte man fast sagen. Welchen Sinn hätten schon aufwendige Einzelgespräche mit allen Mittelbauern, wenn - zumindest nach dem Willen des Wissenschaftssensors - der Großteil von ihnen sowie so demnächst den Fachbereich verlassen muß bzw. anstelle der bisher vielfach unbefristeten eine befristete Anstellung verpaßt bekommen soll?

Mehr Aufwand wurde da schon mit den Hochschullehrern des Fachbereiches getrieben, deren Integrität und Fachkompetenz von einer speziellen "Bewertungskommission" eingeschätzt werden sollte. Dieser direkte Vorläufer der Physik-PSK - in seiner demokratischen Legitimation ähnlich angreifbar wie diese - wurde vom Fachbereichsrat nach monatelangem Hin und Her im November 1990 installiert und begann einen Monat später seine Arbeit. Oh ja, gearbeitet hat sie ganz emsig, diese Kommission. Allerdings nicht so sehr im Sinne der Erfüllung eines Vermächtnisses des 89er Herbstes - einem solchen Anspruch stände bereits die Zusammensetzung der Kommission

entgegen. Gehörten diesem Gremium (wie auch der PSK) doch u. a. zwei Professoren an, die zu DDR-Zeiten langjährig staatliche Leitungsfunktionen sowie Funktionen in SED und FDGB innehatten.

Da ist zum einen die nicht ganz unbedeutende Funktion des E/A-Direktors, die von Prof. P. Hupfer (zuvor Parteisekretär am Wissenschaftsbereich Meteorologie und Geophysik und hier über die gesamten 80er Jahre Leiter der Fachrichtung Meteorologie) staats- und parteinah sowie auch schon mal in vorausseilendem Gehorsam wahrgenommen wurde. Seine Markenzeichen sind u. a. die von ihm zu verantwortende NVA-Orientierung des Meteorologiestudiums in den 80er Jahren, die Einleitung der Exmatrikulation von Studenten, die von ihrer Verpflichtung zu einer späteren Tätigkeit als Meteorologieoffizier in der NVA zurücktraten (aus dem Kreis der Betroffenen wurden kürzlich Forderungen nach Rehabilitierung laut), Anweisungen an Seminargruppenberater, die Teilnahme der ihnen zugeordneten Seminargruppen an bevorstehenden Volkskammerwahlen bis 10 Uhr zu gewährleisten, seine Kandidatur für ein Amt in der SED-GO-Leitung noch Ende November 1989(!), usw.

Da ist zum anderen die Funktion des BGL-Vorsitzenden, die stets mit der Mitgliedschaft in der SED-GO-Leitung gekoppelt war und von Kommissionsmitglied Prof. J. Voigt ausgeübt wurde, der nach Aufgabe dieser Funktion Anfang der 80er Jahre bis Ende 1989 Mitglied des FDGB-Kreisvorstandes war. Besonderes Merkmal seiner Tätigkeit war, daß er Lenins Worte über die Rolle der Gewerkschaften als Transmissionsriemen der Partei im Unterschied zu seinem Nachfolger wörtlich nahm und in seiner SED-GO-Funktion alle Parteientscheidungen uneingeschränkt mittrug und unterstützte.

Heute verstehen sich beide Herren selbstverständlich viel mehr als Opfer des SED-Systems denn als bewußte Systemträger, für welche es Grund genug gäbe, die eigene Vergangenheit zu überdenken und ehrlich aufzuarbeiten. Von Scham-

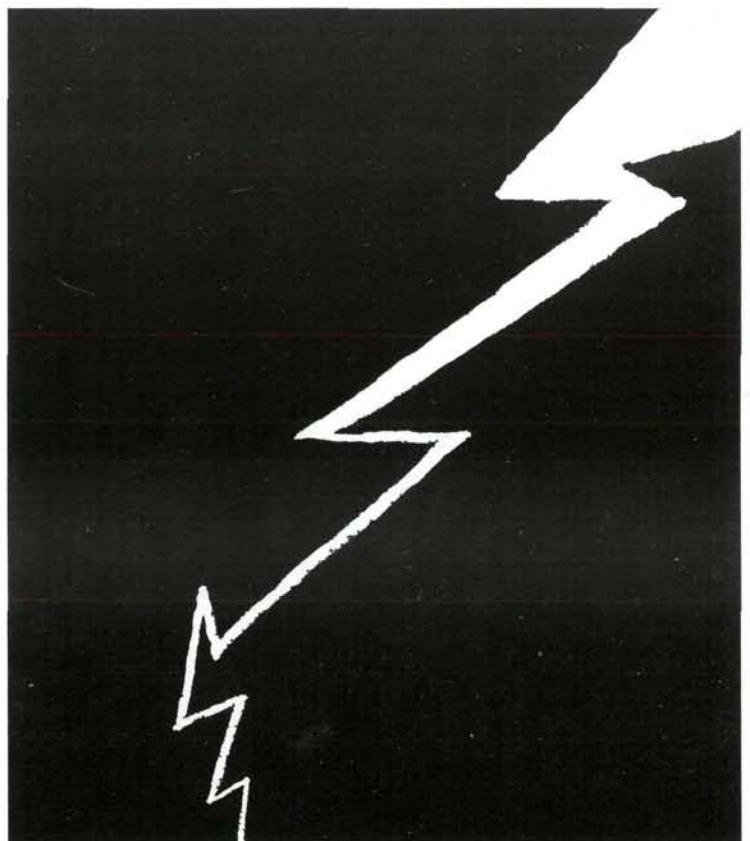
gefühl keine erkennbare Spur. Obwohl am FB Physik an Opportunismus und (nach dem 89er Herbst) Wendehalsigkeit einiges gewohnt, verwunderte es den Verfasser dennoch zunächst, daß die "Mitarbeit" gerade dieser totalgewendeten SED-Professoren von den meisten Mitgliedern der Bewertungskommission locker akzeptiert wurde. Widerspricht sie doch - übrigens auch die Mitarbeit des jetzigen Direktors für Lehre und Studium - völlig den seit Anfang Januar 1991 zumindest dem FB-Rat bekannten Richtlinien und Empfehlungen für Zusammensetzung und Arbeitsweise der für die Bewertung des gesamten wissenschaftlichen Personals zu bildenden Kommissionen.

Allerdings legte sich die Verwunderung in dem Maße, wie Informationen über die (alles andere als transparente) Arbeitsweise der Bewertungskommission an die FB-Öffentlichkeit gelangten. Der Mehrzahl der nichtstudentischen Mitglieder der Bewertungskommission kann schwerlich eine besondere Nähe zu den Idealen des 89er Herbstes und den Bürgerbewegungen nachgesagt

werden und der Leser ahnt nun bereits, welchen Zuschnitts diese Kommission mehrheitlich ist. Und richtig: Das ursprüngliche, von den meisten Wissenschaftlern und Studenten des Fachbereiches mitgetragene Anliegen einer ernsthaften Vergangenheitsaufarbeitung durch Aufdeckung von Machtmißbrauch, Gesetzes- und Menschenrechtsverletzungen, beruflichen Behinderungen und anderen Schadenszufügungen gegenüber Dritten spielt nur noch gelegentlich verbal eine Rolle. Nähme man es ernst, müßte mit der Aufarbeitung innerhalb der Bewertungskommission (bzw. PSK) begonnen werden.

Seitens der Bewertungskommission und PSK natürlich auch keine Spur von kritischer Auseinandersetzung mit der Geschichte der ehemaligen Sektion Physik und ihrer Verwicklung in das System realsozialistischer Machtstrukturen, keine Neigung, ehrlich der Frage nachzugehen, wie an der Sektion Physik von den einzelnen Hochschullehrern vorhanden Freiräume für unreglementiertes wissenschaftliches Arbeiten der von ihnen geleiteten Forschungsgruppen genutzt oder gar geschaffen wurden. Vielleicht aus gutem Grund...

Recht bald hingegen war offensichtlich, daß es vornehmlich um eine auf Diskriminierung bis hin zum Berufsverbot zielende vorsätzliche politische Ausgrenzung eini-



ger tatsächlich integrier und z. T. höchstkompetenter Hochschullehrer ging und immer noch geht, die es in der SED zum Glück eben auch gab und die sich jetzt nicht ohne weiteres gleichschalten lassen.

Genau darum geht es aber, deshalb die versuchte, fast tribunalhafte Abrechnung mit verschiedenen Hochschullehrern. Die Informationen hierüber erinnern den Verfasser an das, was er vor Jahren über Parteiverfahren gehört hat. Da werden Anschuldigungen konstruiert, die an Absurdität kaum zu überbieten sind.

So wurden Hochschullehrer in inquisitorischer Manier teils früherer Stasi-Zusammenarbeit, teils mangelnder fachlicher Kompetenz, teils ideologischer Indoktrinationen in Lehrveranstaltungen, teils einer Kombination dieser schwerwiegenden Vorwürfe bezichtigt. Ohne aber Stasi-Vorwürfe belegen zu können, ohne Fachgutachten abzuwarten, ohne die Meinung der Studentenschaft und von Kollegen einzuholen (schon gar nicht repräsentativ!), ohne "entlastendes" Material zur Kenntnis zu nehmen, ohne schließlich in einem besonders krassen Fall vorsätzlicher Fehl-"Bewertung" (Prof. K. Bernhardt vom Meteorologischen Institut) die sehr zahlreich eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen und Proteste ehemaliger Absolventen zu berücksichtigen. Wie man sieht, arbeitete die Bewertungskommission strikt nach freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen...

Nicht etwa nur dank des Einflusses abrechnungsfixierter Konservativer, sondern nicht zuletzt auch dank des beschämenden Verhalten der genannten SED-Karrieristen in der Kommission. Bei näherem Hinsehen zerplatzen die meisten Anschuldigungen wie Seifenblasen.

Peinlich? Kaum. Denn wer sieht schon näher hin in Zeiten totaler Verunsicherung und drohenden sozialen Abstiegs. Und ein Versagen der Bewertungskommission steht für diese selbst gar nicht zur Debatte: Sah sie es doch als "moralische Instanz" nie als ihre Aufgabe an, akribische Tatsachenforschung zu betreiben und dann nach einheitlichen Kriterien nachvollziehbar zu bewerten. Wie gesagt: Es hat schließlich alles freiheitlich und demokratisch zu laufen. Unbeantwortet lassen Bewertungskommission und PSK jedenfalls die Frage: Wie weiter am Fachbereich Physik?

Wolfgang Mix

Westunis: Die "geheimen" Dozentendossiers

oder was Ihr schon immer über die Prüfungen und Klausuren Eurer Profs wissen wolltet

Der Raum C 339 im Chemie-Altbau der TU Berlin sieht wüst aus. Unausgewaschene Kaffetassen sammeln vor sich hin, überall liegen Papiere verstreut und in der Ecke harrt ein abgewrackter Computer anno 1982 seiner endlichen Verschrottung - Flair einer studentischen Fachbereichsinitiative. Jedoch ein Schrank bricht das Bild. Sauber und ordentlich reihen sich Aktenordner aneinander. Personenbezogene Dossiers.

Während man im Osten dem XI. Parteitag entgegenstrebt, und Mielke die Stasi-Rekrutierung forcieren läßt, wenden sich auch die Studenten jenseits der Oberbaumbrücke dem Archivieren von personenbezogenen Dokumenten zu - den professorenspezifischen Fragen in Klausuren und mündlichen Prüfungen. Originalblätter und Gedächtnisprotokolle stapeln sich zunehmend. Sie werden nach Semester und Prüfenden sortiert. Nicht mehr muß man mühselig ältere Jahrgänge interviewen um hinter die Tücken und Schwächen - insbesondere Routinefragen - einzelner Professoren und Assistenten zu kommen. Die Angst vor der Ungewißheit ist gebannt. Naja, fast jedenfalls. Die Idee von Klausur- und Prüfungskatalogen

verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Und heute, fünfzehn Jahre später?

Sicher greifen die Profs nicht mehr einfach zu den Prüfungsblättern von vor drei Jahren, aber die Faulheit "Routine" ist aus manchem von ihnen nicht rauszukriegen. Gott sei Dank. Und von den Lehrmeistern, die etwas anspruchsvoller sind, erfährt man mit Hilfe der Kataloge wenigstens die etwaigen Anforderungen. Zumindest sind aber die gesammelten Blätter eine wichtige Übungshilfe. Man muß nur zur jeweiligen Initiative gehen und kann sie sich dort zum Kopieren gegen zwei Mark Pfand pro Klausurblatt ausleihen. Für zwei Tage. Nach dem vierten Tag verfällt das Pfand. Das ist zwar hart, aber nur so kann man gewährleisten, daß auch andere Interessenten alsbald an die Unterlagen kommen.

Die Profs indessen sehen der Überwachungswut ihrer Studenten gelassen nach, manche verweisen sogar auf das Archiv. Studenten, die ihre Klausuren oder Prüfungsfragen dort niedergelegt haben, brauchen vermeintliche Verfolgung nicht zu fürchten - Namen, Matrikelnummer usw. sind fein säuberlich ausgelöscht worden.

H. Aimlig

Wen wählt Ihr?

Am 11. und 12. Dezember finden an der Universität die Wahlen zum Akademischen Senat und zum Konzil statt. Ihr könnt zwischen verschiedenen Listen wählen.

Die Liste StuVe braucht nicht nur Deine Stimme, sie benötigt auch Deine Ideen. Wenn Ihr für Mitbestimmung der Studenten, neue Profs, besseres und billiges Essen in den Mensen, BAföG in Höhe des Westsatzes seid, kommt am Montag den 18. 11. um 17 Uhr in das Hauptgebäude in den Hörsaal 2014 B!

Studentische Liste StuVe

Wir brauchen einen neuen Redakteur, Zeitung machen, tolle Leute kennenlernen, Geld verdienen (mehr als BAföG), Erfolgserlebnisse haben, unsterblich werden (Archive!), das Studium aussetzen für ein Jahr oder ein halbes, Computer lernen, die feinen Kniffe des Lay-outs, Setzerbemerkungen mit reinbringen [sehr witzig, sätze], schlauer werden, die Ausdrucksweise verfeinern, die teure Technik nutzen, den Eltern eine Freude machen, Rachegelüste befriedigen. Das alles und noch viel mehr kannst Du, ja Du, machen, falls Du Dich entschließt, den Job des Redakteurs (dem Redaktor ist nichts zu schwör) zu übernehmen. Think! Help!

Auch Bismarck hat als kleiner Studentenzeitungsredakteur angefangen.

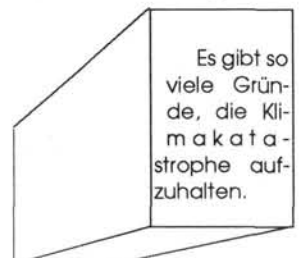
Was soll der Geiz?

Räte die Menschheit !!!!!



Deshalb: Melde Dich in der UnAUF-Redaktion Hauptgebäude 3022 oder telefonisch unter 2093 2288 als neuer Redakteur. Kennwort: Das Vaterland braucht Dich!

DEINK!



mit einem Rest von Anstand

SO

sieht sie aus, die neue Diktatur





Radikal, also lt. Duden "tief, bis auf die Wurzel gehend, gründlich, rücksichtslos" ist bis auf den letzten Punkt eigentlich eine positive Charakteristik. Da die schnelle Kommunikation das "bis auf die Wurzel gehen" oft nicht erlaubt, ist der Begriff radikal umgangssprachlich eher wertfrei. Im Begriff *Radikaler* wird dann das Rücksichtslose zum vorherrschenden Inhalt. Vielleicht ist der Begriff *Radikaler* auch deshalb negativ besetzt, weil jeder im Inneren radikaler ist, als er zugeben möchte. Dann muß den Radikalen natürlich schwer übelgenommen werden, daß sie etwas tun, was mensch selber gern täte, aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht tut. Schon G. B. Shaw sagte dazu: "Kein Mensch wagt von dem, was er denkt, soviel zu sagen, daß er sich selbst wie ein Extremist vorkommt".

Wie werden nun die Radikalen charakterisiert? Sie grenzen andere (radikal) aus, Nazis, Spießer, Linke, Intellektuelle, Unwissende, Ausländer, je nachdem welcher sozialen Gruppe sie selbst angehören. Sie glauben mit Sicherheit zu wissen, was für die Welt (oder die eigene Nation oder das Proletariat oder ... oder ...) gut ist. Aus diesem Grunde lehnen sie die reale Demokratie als Entscheidungsform ab, da ihre Ideen nicht mehrheitsfähig sind (die Minderheit, die recht hat, wird überstimmt) und bauen auf die Gewalt als politisches Mittel.

Die Radikalen bilden relativ autonome Gruppen in der Gesellschaft. Wieso haben Menschen eigentlich soziale Gruppen nötig? Fast jeder Mensch braucht wohl eine Heimat, in der sich zu Hause fühlen kann. (Das ist ein Problem vieler, auch oppositioneller DDR-Bürger, daß sie jetzt auch ihre Gruppenzugehörigkeit neu bestimmen müssen, da sich alles ändert.) Wenn die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit eine Heimat nicht geben kann, sucht mensch sich eine kleinere soziale Gruppe. Diese wird dann durch positive Charakteristiken gegen Andere (Nazis, Spießer, Linke, Ausländer, ...) abgegrenzt, um auf diese Weise selbst eine positive Identität zu gewinnen.

Die Radikalen neigen nun dazu, nicht nur von sich abzugrenzen, sondern andere Gruppen aus der gesamten Gesellschaft ausgrenzen. Die Fremdgruppe wird pauschalisiert, da dies einfacher ist, als sich mit Unbequemem (Kritischem,

Fremdem oder nur Anderem) auseinanderzusetzen. Pauschalisierung als Methode ist an bestimmten Stellen schon aus Zeitgründen notwendig, da die schnelle Kommunikation Vereinfachung, Schemata und sogar Vorurteile erfordert. Es ist unmöglich, alles differenziert zu sehen. Nun ist klar, daß eher die eigene Gruppe differenziert gesehen wird als die Fremdgruppe. Es ist einfacher, andere mit anderen Auffassungen mit Vorurteilen zu schematisieren als Leute mit ähnlichen Auffassungen. Hier findet sich auch eine Erklärung für die Sündenbocksuche nach dem Motto "Schuld sind immer die anderen". Gegen die Rechten sind sich die Linken (fast) immer einig, da sie sich hier mit Schemata zufrieden geben (können). Die richtigen Auseinandersetzungen beginnen, wenn sich die Linken untereinander streiten, weil dann weniger mit Vorurteilen gearbeitet wird. Ähnlich ist es wahrscheinlich bei den Rechten. Auch Gewalt wird aus den eigenen Reihen eher verstanden. Damit ist nicht gemeint, daß die Gewalt akzeptiert oder toleriert wird. Aber da das Grundmodell der

Nazis raus! Aber wohin?

ZUR RADIKALITÄT LINKS,
RECHTS USW.

Was die
Linke
über die
Rechte
sagt,
sagt
mehr
über die
Linke als
über die
Rechte.

eigenen Gruppe erkannt wird, sind die Motive eher nachvollziehbar. Auch deshalb ist die Arbeit an diesem Thema wohl so kompliziert (was auch ich an meinen eigenen Vorurteilen immer wieder merke). Ablehnung des Anderen ist eben viel einfacher.

Dieses Problem zeigt sich auch darin, daß unabhängig vom gültigen Verfassungskonsens die nicht Verfassungskonformen immer kriminalisiert werden (oder zumindestens kriminalisierbar sind). Damit soll die Diskussion über den Verfassungskonsens verhindert werden. (In der DDR wurde sogar die Diskussion über die Einhaltung der Verfassung verhindert.) Diese Verhinderung ist natürlich einfacher, als die Diskussion zu führen. Wenn sie dann geführt werden muß (siehe 218 des Strafgesetzbuchs), zeigt sich, daß die Gesellschaft zu einer sachlichen Diskussion über komplexere Probleme kaum in der Lage ist.

Viele sind nicht bereit anzuerkennen, daß auch das westliche System reformbedürftig ist. Wenn das anerkannt wird, wird sofort behauptet, es gäbe nichts Besseres,

aber nicht jedes Beste ist auch gut. Eine Verhinderung der Diskussion mit allen relevanten Gruppen (im Parlament) ist die 5%-Klausel, die dazu führt, daß kleinere Gruppen gar nicht erst ins Parlament kommen. Vor allem aber kommen nur große Parteien an die Geldmittel heran, die sich das Parlament regelmäßig selber aufstockt. Dieses Abhalten von Parlament und Geld führt aber nur zu einem scheinbaren Zurückdrängen, da die Probleme der Splittergruppen weiter bestehen. Bloß die Auseinandersetzung wird aus dem Parlament herausgehalten und findet im Zweifelsfall auf der Straße statt.

Wenn nun die reale Politik bestimmte Probleme nicht lösen kann (oder will) und die Radikalen eine (oder eine scheinbare) Lösung anbieten, erhalten sie auf einmal von allen latent Radikalen Zulauf. Falls die Politik trotz gravierender Mängel als nicht änderbar empfunden wird, steigt die Gewaltbereitschaft an, und selbst physische Gewalt wird als politisches Mittel benutzt oder benutzbar.

Leider wird der Gewaltbegriff oft auf physische Gewalt beschränkt, obwohl es auch andere Formen der Gewalt gibt, die z. T. systemimmanent oder sogar *Ismus*-invariant¹ sind. Beispiele sind sexistische Gewalt, Gewalt durch die Mehrheit über die Minderheit (auch Demokratie genannt) und Gewalt gegen Kinder (auch Erziehung genannt). Auch Autoritätsbeweise in Diskussionen sind für mich Gewalt. Sie verkürzen zwar Diskussionen ungemein, erzeugen aber neue innere Konflikte, da Probleme nicht ausdiskutiert werden.

Kriminalisiert wird aber nur die physische Gewalt. Nichtphysische Gewalt wird gesellschaftlich toleriert und akzeptiert, da das Recht des Stärkeren ein natürliches Prinzip ist (die gesamte Natur funktioniert nach diesem Prinzip) und auch die Wirtschaft nach diesem Prinzip arbeitet. Die Kriminalisierung der physischen Gewalt führt nur dazu, daß Aggressionen und verdrängte Konflikte meist über nichtphysische Gewalt ausgelebt werden.

In diesem Sinne kann die steigende Tendenz zur Radikalität im Osten durch die friedliche Revolution erklärt werden. Das Jahr(zehnt)elang aufgestaute berechtigte Aggressionspotential ist wie eine Zeitbombe, die noch lange nicht



Karl L., Rentner: "Der Hitler hat ja nicht nur die Juden ermorden lassen, sondern leider auch die Zigeuner, die Kommunisten, die Homosexuellen und die Geistesschwachen. Ewig schade um diese armen Menschen!" Bild aus Deix "Augenschmaus" Diogenes Verlag

C.C.

Ein geheimnisvoller Titel, was mag dahinterstecken?

Irrtum, hier ist nicht von der singenden Barbie-Puppe C. C. Catch die Rede. Auch nicht von der nicht altzukriegenden Film-Diva Cardinale. Wobei - Film ist schon ganz gut... Es geht nämlich um eine kleine cineastische Sensation im näheren Umland der Uni. Im Kino "Börse" (direkt neben der "Uni-Filiale" in der Burgstraße) läuft C. C. seit 50 (!) Wochen, ständig ausverkauft. C. C. steht für Camille Claudel - einen Kultfilm des französischen Regisseurs Bruno Nuytten...

...Paris 1886. Hinterhof. Eine Parterrewohnung. Abgeschlossen von der Umwelt arbeitet eine Frau im dämmrigen Licht. Ihre feinen Hände lassen Gefühle und Träume in Stein erstehen. Sie trinkt viel, zu viel. Äußerlich wirkt sie verfallen, doch in ihrem Innern steckt ein verzweifelter Schrei - Quelle sinnlicher Schöpfungen. Camille geht zu Grunde an einer Welt, mit der sie sich nicht arrangieren kann; an einer Liebe, die keine mehr ist.

Jung steigt sie ein in die Bildhauerei. Sie ist begabt und entschlossen, diese Männerdomäne zu erobern. Ein für die Öffentlichkeit unbegreifliches Ansinnen. Mit 20 Jahren lernt sie den berühmten und um vieles älteren Auguste Rodin kennen. Es entsteht eine leidenschaftliche Beziehung, die beide über ein Jahrzehnt verbindet. Camille wird Rodins Modell, Gehilfin, seine



Selten für diese Zeitung: ein Bild, was zum Inhalt paßt

(ausschließliche) Inspiration und sie wird besser als er. Doch sie selbst gibt sich dabei auf. Rodin zeigt sich unfähig, mit dieser gewaltigen Leidenschaft zu leben. Es zerbricht eine Liebe und mit ihr Camille. Einsamkeit, Verzweiflung und Sehnsucht treiben sie in den Wahnsinn. Die eigene Familie schickt sie in eine geschlossene Anstalt. Dort stirbt Camille - 30 Jahre später...

...dies alles erfährt der Zuschauer in einem drei Stunden langen Film. Das Schöne daran, man merkt es nicht. Die Figuren ziehen einen

in ihren Bann. Camille, dargestellt von der faszinierenden (sich selbst spielenden) Isabelle Adjani und Rodin (Gerard Depardieu) lassen mitdenken, mitfiebern und vor allem mitleiden. Ein Film fürs Gemüt? Ja, auch. Besonders aber ein Film für Kunstbegeisterte. Einzigartig nachvollziehbar wird der komplizierte Weg von der Idee zum Kunstwerk, die oft qualvolle Diskrepanz zwischen Anspruch und künstlerischem Vermögen.

C. C. läuft - nach wie vor - in der Börse, täglich um 20.15 Uhr.



Na, merkt Ihr jetzt, warum wir einen neuen Redakteur brauchen?

Übrige Nds

Wir suchen einen neuen Redakteur, damit man bestimmten typografischen Unsinn unterbinden kann.

den

in vollem Umfang hochgegangen ist. Damit soll nicht der Gewalt das Wort geredet werden. Aber Ausleben von Aggressionen ist auch ohne Gewalt gegen sich oder andere Personen möglich. (Sogar ohne Gewalt gegen Sachwerte, nach Maaz gibt es dafür vor allem Schaumgummi).

Aber den Politikern ist die Sündenbocksuche ja gar nicht unlieb (siehe Honecker, der periodisch in den Medien wieder auftaucht, ohne je ernsthaft angefordert worden zu sein, sonst wäre er längst hier und der Prozeß gegen ihn wäre genauso ein Reifall wie der gegen Tisch). Denn die Sündenbocksuche lenkt so herrlich von der realen Politik ab. Bloß wenn's in Deutschland überhand nimmt mit der Fremdenfeindlichkeit, wird's schlecht fürs Image und damit fürs Geschäft. Und dann werden die Geschäftsführer wach, weil die Geschäfte mit afrikanischen Ländern nicht mehr so gut laufen. Deshalb sollten die Radikalen (nach Meinung dieser Herrn) wenigstens soweit zurückgedrängt werden, daß von außen nichts mehr zu sehen ist (woher kenne ich das nur, da war doch mal irgendwas ...).

Auf lange Sicht nutzt das nach meiner Ansicht überhaupt nichts, solange sich nicht mit den Ursachen der latenten Radikalität befaßt wird. Meist wird sich nur mit der Frage befaßt, warum die Radikalen so sind, wie sie sind. Nie mit der Frage, warum die Nichtradikalen so ruhig sind? Nicht, daß jetzt alle Radikale werden sollen, aber unter diesem Gesichtspunkt würden andere Ursachen auf einmal wichtiger als die, die die latente Radikalität nur sichtbar werden lassen. Es dürfen nicht nur Anlässe und Gründe für Radikalität untersucht werden, sondern auch deren tiefere Ursachen. Selbstverständlich muß die Gesellschaft vor radikaler physischer Gewalt geschützt werden, aber nicht nur durch die Polizei (wie sich das Linke immer wieder für die Rechten wünschen). Es müssen auch ernsthaft psychische und gesellschaftliche Ursachen für die Gewaltbereitschaft untersucht werden. Sonst werden wie im sozialistischen System wieder nur die Symptome der Krankheit (mit Gewalt!) bekämpft, bis sich die Ursache der Krankheit mit radikalster Gewalt Bahn bricht und wirklich alles mit sich reißt.

- bakunin

Die feine englische Art?

Frau Dr. E. Schmidt ist (besser: war) Englischlehrerin am Fremdsprachinstitut der HUB. Bei den Geistes- und Sozialwissenschaften bot sie auch in diesem Semester etliche Grund- und Aufbaukurse an. Jüngst (28. 10.) überraschte Frau Schmidt uns kurz vor dem Ende einer ganz normalen Englischdoppelstunde: Sie sei selber sehr traurig (was wirklich nicht zu übersehen war), und sie würde ja von sich aus nie die Uni verlassen. "Aber mir wäre jetzt ganz sicher sehr bald gekündigt worden!" Und deswegen, so leid ihr das tue, wechsle sie lieber aus ungekündigter Stellung in eine sich zum Glück gerade bietende Marktlücke, als sich den Stuhl vor die Tür stellen zu lassen. Ansonsten die neu-bundesweit bekannten Symptome: Keine Gespräche mit

Kollegen möglich, keine Angabe von konkreten Gründen, jeder hat (nur) an sich zu denken - Frau Schmidt scheint sich ziemlich allein gelassen gefühlt zu haben. Wer wäre verantwortlich? "Der Institutsdirektor..." Und was rät die Lehrerin ihren Studenten? Nun, sowohl die mit bestandenen Mittelstufentest als auch die ohne sollten sich selbst um Anschluß an laufende Kurse bemühen. Sicher, die seien übertoll. Aber so, wie man sich ihr gegenüber verhalten habe, könne sie nicht anders, I hope you understand... Nicht gerade die berühmte lovely English kind am Lehr- und Forschungsgebiet Englische Sprache??

Herr Dr. G. Hartmann, dessen Leiter, ist auch außerhalb der (sehr kurzen) offiziellen Zeiten ansprechbar. Ich bin offensichtlich nicht der

erste der "Konkursmasse" von Frau Schmidt, der sich hier zeigt. "Ich bin für Einzelfallhilfe, anders geht das jetzt im laufenden Semester auch nicht!" meint Hartmann. Die M-Kurse stellte man schon vor Studienbeginn zusammen, "die sind im Prinzip alle voll!" wo überhaupt die gewiß nicht wenigen Qualifizierungen der gerade abgeschlossenen M-Test-Runde sich noch einreihen sollten, scheint man hier gar nicht bedacht zu haben. Herr Hartmann wälzt Pläne und Hefter zur Einzelfallhilfe, will wenigstens für die "M-Leute" ein Angebot finden und "notfalls sogar selbst kommen und unterrichten", aber "sein" Dilemma sei auch kein kleines. Weniger Geldmittel, gute Leute gehen, Einstellungsstopp, die von 20 auf 16 Wochenstunden gesunkene Unterrichts-

möglichkeit für jeden Lehrer - und all das bei einem "Riesenbedarf an Englischunterricht". Er verweist leicht resignierend auf die Westberliner Verhältnisse: an der FU kein Englischunterricht, an der TU ein paar hundert Plätze für Zehntausende Studenten. Der Student müsse künftig sehen, wie er auf dem Markt zu seinen Fremdsprachenkenntnissen komme. Ja, gibts aber nicht auch Spielräume und Übergangschancen, die es zu nutzen gelte? "Sie sagen das so leicht, aber hier ist's verdammt eng..." Jedoch, ganz unrecht hätte ich nicht, man erkennt von Behördenseite das Ostdefizit, diesmal bezüglich der englischen Sprache, an. Mithin bekomme der "noch weit über Bundesniveau" besetzte Englischbereich der HUB "zwei bis drei Jahre" Schonzeit... Der Leiter ist verärgert über das Verhalten seiner Kollegin Schmidt: "Vorschnell war das, der Kündigung scheint doch gar nicht stattgegeben worden sein..." Und vor allem hätte sie, aus Hartmanns Sicht, die Studenten nicht einfach so stehen lassen sollen. Das sei doch nicht gerade die berühmte lovely English...

Feine englische Art? Wenns gestattet ist, vom geprüften Einzelfall zu abstrahieren - wer wollte die im "Kleinen" erwarten. Die gesamtdeutschen Verhältnisse bieten wenig Platz für Verhalten a lá "Fair play".

Berlin, den 30. 10. 91

Sebastian Köhler

Entwicklungshilfe auf Sibirisch

Mitten in Sibirien rund dreihundert Kilometer entfernt von Novosibirsk liegt das Betonstädtchen Kemerovo. Kind des gewaltigen, sozialistischen Industrialisierungsvorstoßes der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre in das unwirtliche Sibirien. In der 650.000 Seelen zählenden Plattenbauinsel gibt es vier größere Kinos und rund zehn Gaststätten, in die man allerdings nicht unbedingt gehen sollte. Dort treffen sich nämlich die großen und kleineren Lichter der einheimischen "Mafia". Die Mafia - wie sie auch dort genannt wird - ist keine Zusammenwürfelung lichtscheuer Subjekte. Korrupte Parteibosse, Direktoren und andere, die gerne Macht und Geld horten, haben das Zepter in der Hand, denn Wirtschaft und Eigentum werden hier von der Politikern gesteuert. Insbesondere von solchen, die das auch gerne weiter tun wollen. Wer will sich schon nicht in der tristen Einöde Q3A-Getthos ein bißchen Luxus und Abwechslung leisten. Von einem 300-Rubel-Gehalt kann man das jedenfalls nicht. Im Kino kommt man unter 15 Rubel kaum weg. Und aus Kemerovo in andere Städte umzuziehen, ist bei der katastrophalen Wohnungssituation und den Höhen der Schmiergelder so gut wie unmöglich. Die Langeweile und Perspektivlosigkeit hat derweil ein töd-

liches Gift angezogen. Die meisten Jugendlichen nehmen regelmäßig Haschisch, das billig aus den südlichen Republiken "importiert" wird. Die harten Drogen beschränken sich auf Opiumprodukte. Westliches Chemiezeug wie Crack ist selten und teuer.

Aber in der Stadt gibt es auch eine Universität. Nicht irgendeine, sondern eine Partneruniversität der Humboldt-Uni. Zu DDR-Zeiten war der sommerliche Studentenaustausch eine brüderliche Geste und fester Etatpunkt, heute bangt man in der HUB um Etatgelder für Sarnierungen und Neuanschaffungen, um eine konkurrenzfähige Universität zu sein oder zu werden.

So kam es das der diesjährige Austausch ausfiel - wegen Einseitigkeit und Finanznöten, hätte sich nicht eine beherzte ehemalige Theologiestudentin ins Zeug geschmissen. Sie vereinbarte mit der Jüdischen Gemeinde - die schon im letzten Jahr als Arbeitgeber fungierte - Logie, Arbeit und Lohn für eine Gruppe russischer Studenten von Ende August bis Ende September. Und kommen sollte die Gruppe vom letzten Jahr - so wollte es die Gemeinde.

Am 24. August trafen die Studenten ein. Bepackt mit Konserven und harter Wurst und ohne Leiter. Der Rektor der Kemerover

Uni hatte ihm mit Rausschmiß gedroht, falls er fahren würde. Und den Studenten mit Exmatrikulation. Es waren die Tage des Putsches. Nichtsdesotrotz schaufelten sich nun die Studenten drei Wochen lang für 750 harte Mark durch die staubigen Kohlenkeller der Jüdischen Gemeinde in Berlin - ohne Mundschutz, wie sie beklagten. Vom westlichen Arbeitsschutz hatten sie ganz andere Errungenschaften vernommen. Und das für 3000 Rubel Flugkosten. Ja überhaupt schienen sich unsere Freunde nicht als übermäßig arm zu entpuppen, waren die meisten doch schon das letzte Jahr hier und sprachen davon im nächsten Jahr gern wiederzukommen. Für 3000 Rubel, fast ein Jahresverdienst. Auf meine Frage, was er sich hier gekauft hätte, antwortete Alexej (ich glaube, so hieß er): "CeDe". Ein CD-Player? Nein, denn hätte er schon. Und daß in einem Land, in dem man Seife auf Marken bekommt. Äußerten sich die Leute über den Komsomol und seinen starren oder zweizügigen Funktionärsseilschaften noch so verbittert, immerhin wurden sie einst von dort delegiert.

Am Ende der lehrreichen Geschichte bleibt uns nur der Dank an die engagierte Theologin, die helfen wollte - aber, wie im globalen Maßstab, bedarf es wohl einer grundsätzlichen (auch teuren) Unterstützung, um die eigentlich Bedürftigen zu erreichen.

H.iti



Tradition, Erneuerung?

Gerne, wenn es nichts kostet!

Die Altertumswissenschaften sollen Opfer des Geldmangels werden

Am 25. Oktober 1991 schrieb der Stura des Instituts für Altertumskunde i.G. einen langen Brief mit Forderungen an den Senator für Wissenschaft und Bildung. Herr Erhardt möge endlich klare Entscheidungen treffen, die Weiterführung der Ausbildung in den alten Sprachen und in Alter Geschichte zusagen, die erbrachten Leistungsnachweise des laufenden Semesters anerkennen und die für den Lehrbetrieb nötigen Stellen für Gastprofessoren und -dozenten genehmi-

schaften haben an der HUB eine wechselvolle Geschichte. Nachdem 1933 die lange und anerkannte Tradition in der Altertumskunde an der Berliner Uni unterbrochen wurde, richtete man 1945 wieder drei altertumskundliche Fächer ein. Diese wurden allerdings in der DDR eher stiefmütterlich behandelt, mußten bei der dritten sozialistischen Hochschulreform 1968 viele Federn lassen, das Fach Klassische Philologie wurde an der HUB sogar völlig abgeschafft.

lange Tradition der Altertumskunde an seiner Universität ein kräftiger Befürworter der Neugründung. Ein Mannheimer Altphilologe, Prof. Funke, bot sich von März bis Oktober 90 für ein Gastsemester an, im WS 90/91 gingen die Gastvorlesungen weiter, ein DAAD-Programm ermöglichte die Finanzierung.

In diesem Semester begannen auch einige Lehrer eine Weiterbildung für das Fach Latein, so sollen sie in ihrem Beruf weiterarbeiten können. Die Humboldt-Uni bietet

Am 21. März 1991 fand dann eine Gründungskonferenz des Instituts statt, ein Konzept wurde erarbeitet, das Institut sollte eine Struktur haben, die es zum Gegenstück der Altertumskunde an der FU macht. Es soll alle altertumswissenschaftlichen Fächer unter seinem Dach zusammenfassen, interdisziplinäre Arbeit erlauben, anders als in der FU, wo Grenz- und Hilfswissenschaften auf andere Fachbereiche verteilt sind. Die Humboldt-Universität soll eine Alternative in der Berliner Hochschullandschaft bilden. Dieses Konzept wurde den Strukturkommissionen vorgelegt, als interessant befunden und einer feineren Bearbeitung empfohlen.

Aber da gibt es ein großes Problem in der schönen Geschichte und wie immer ist dieses Problem das liebe Geld. Nach der Vereinigung war die nun ehemalige DDR ja kein Ausland mehr, und der DAAD finanzierte die Gastprofessuren nicht mehr. Das Geld, bisher nach fachlicher Kompetenz verteilt, lag nun in den Händen der Politik. Neue Faktoren bestimmten nun die Entscheidungen über finanzielle Unterstützungen.

Und da kam auch prompt der Hammer, die für das WS 91/92 beantragten Gastdozenturen werden nicht bezahlt. Die Senatsverwaltung hat abgelehnt, denn das neue Institut steht nicht im Hochschulerneuerungsprogramm (Da es erst gegründet wurde, kann es schlecht auf dem Erneuerungsplan stehen.) Außerdem wird die Ausbildung in westlichen Sprachen nach HEP finanziert, aber Griechisch und Latein gehören für den Senator plötzlich nicht mehr dazu.) Auf den erneuten Antrag auf Finanzierung der Lehrkräfte vom 10.10. fehlt bisher jede Antwort. So sind alle weiteren Aktivitäten des Instituts auf Eis gelegt, es müssen erst klare Verhältnisse geschaffen werden. Und das führt zu Gerüchten: Wird das Semester anerkannt? Kann die Regelstudienzeit eingehalten werden? (Jeder weiß ja, wie das BaFöG-Amt scharf aufs Sparen ist!) Kann das Institut überhaupt kontinuierlich aufgebaut werden?

Der anfängliche Enthusiasmus bei Studenten wie Professoren ist erstmal stark gedämpft. Und das angesichts der Tatsache, das ein Institut für Altertumskunde eine wahre, konzeptionelle Neuerung an der HUB wäre, die der Senat doch so dringlich gefordert hatte.

Juliane Kerber



Blick von der Straße Am Kupfergraben zum Packhof und den Museen, 1888. Hier sieht man vom S-Bahnbogen einen Teil der Packhof-Anlagen, die Schinkel 1829 - 31 erbaute. Ganz rechts das Wohnhaus des General-Steuerdirektors, das erst 1938 wegen Baufälligkeit abgebrochen wurde. Hinter den Packhofgebäuden, die nach 1890 für die Erweiterungsbauten der Museen abgebrochen wurden, sieht man das von August Stüler erbaute Neue Museum und ein Stückchen der tempelartigen Nationalgalerie.

Aus: "Berlin, Photographien von F. Albert Schwartz" Nicolaische Verlagsbuchhandlung

gen. Soweit zum Brief des Stura, der zusammen mit einer Unterschriftensammlung auf dem Schreibtisch des Senators landete, wie seine Mitarbeiter bestätigten, aber antworten konnte der Senator natürlich nicht sofort, er war erstmal im Urlaub.

Was aber ging dem Brief voraus? Dabei muß man etwas weiter ausholen, denn die Altertumswis-

1988 wurde die Professur für Gräzistik [Griechisch, setsa] wieder besetzt, man begann wieder von einem eigenen Institut zu träumen. Mit der Wende schien sich nun alles zu ändern, die Träume in greifbare Nähe gerückt

Die Mommsengesellschaft der DDR unterstützte die Bemühungen der Professoren und auch der neue Rektor Fink war mit Blick auf die

im Augenblick als einzige Uni ehemaligen Russischlehrern und Lehrern mit nur einem Fach die Möglichkeit in zweieinhalb Jahren zum Lateinlehrer ausgebildet zu werden, für diese Studenten hängt sehr viel davon ab, ihr Studium ohne Verzögerung durchzuführen. Es gibt auch bei Studienanfängern Interesse für den Fachbereich, inzwischen studieren dort 40-50 Studenten.

"Man muß von Neuem anfangen"

Goldstück, Goldstücker, am Goldstücksten

Am 1. 11. 91 stellte sich Prof. Goldstücker, der bekannte Initiator der Kafka-Konferenz vom 27./28. Mai 1963 in Liblice, mit einem Vortrag und anschließendem Gespräch in der Humboldt-Universität vor.

Der 1913 in der Slowakei Geborene mußte 1939 vor den Nazis nach Großbritannien fliehen. Nach seiner Rückkehr wurde er 1953 bei einem der antizionistischen Prozesse zu lebenslanger Haft verurteilt, drei Jahre später freigelassen. Die bereits erwähnte Kafka-Konferenz zur Rehabilitierung des Dichters stand ganz im Zeichen des Kafka-Motivs der Entfremdung, sowohl oder gerade auch im Sozialismus. Während des Prager Frühlings wirkt er aktiv als Präsident des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes. Der Einmarsch der Armeen der "Brudervölker" zwang Goldstücker zur erneuten Emigration. Erst die *sanfte Revolution* von 1989 ermöglichte ihm eine dritte Heimkehr. Prof. Goldstücker gab UnAUF ein Interview.

UnAUF: Bedauerlicherweise sind zu diesem anschließenden Gespräch nur wenig Studenten erschienen, dafür mehr Vertreter der älteren Generation. Glauben Sie, daß die Jugend die Auseinandersetzung mit der sie nicht direkt betreffenden Vergan-

genheit scheut? **Prof. Goldstücker:** Bedauerlicherweise steht und dabei gleichzeitig die Füßchen der Nachfolger spürt.

Jeder ist ein Teil in der Kette der Generationen und muß sich so auch mit seiner Vorgängergeneration auseinandersetzen.

der Intellektuellen sollte sein, darüber zu wachen, daß die ethischen Prinzipien, die errungenen Grundsätze der Freiheit und der Demokratie bewacht werden und zu handeln, wenn Gefahr droht, daß diese Prinzipien verletzt werden.

UnAUF: Was bedeutet für Sie Kunst?

Prof. Goldstücker: Das müßte ich in Form eines ganzen Buches beantworten. Ihre wichtigste Rolle ist sicher, den einzelnen Menschen, das Individuum sprechen zu lassen und die Gefühle der Teilnahme an menschlichen Erfahrungen, die außerhalb des unmittelbaren Erfahrungsbereiches eines einzelnen liegen, zu vermitteln.

UnAUF: Dann glauben Sie also an die erzieherische Wirkung der Kunst?

Prof. Goldstücker: Selbstverständlich. Kunst vermag manches, was mit Mitteln der herkömmlichen Pädagogik nicht beigebracht werden kann. Einfacher ist es, wissenschaftlich Formuliertes zu lehren, aber sehr schwer, die emotiona-

le Seite des menschlichen Lebens zu beeinflussen. Und das ist ein riesiges Gebiet. Empfindungen, Gefühle, Glaube - das ist beeinflussbar.

UnAUF: Welche Art von Glaube meinen Sie?

Prof. Goldstücker: Der Glaube an Gott wird heute immer stärker durch andere Arten von Glauben ersetzt. Die moderne Menschheit wird immer mehr atheistisch. Dadurch entsteht das Problem der Bindung des Glaubens an menschliche Führer. Dies ist sehr gefährlich, da es jedes rationalen Zuganges entbehrt.

UnAUF: Was war die Ursache, daß große Teile einer ganzen Generation der 60er Jahre in Kafka einen Kultautor sahen?

Prof. Goldstücker: Das hat sicherlich viele Gründe. Generalisierend kann man sie so zusammenfassen: Kafka zeigte die Instabilität der menschlichen Existenz, das Sehnen des einzelnen nach einer menschlichen, harmonischen Gesellschaft.

UnAUF: Das gibt mir das Stichwort. Glauben Sie noch an die Utopie des Sozialismus?

Prof. Goldstücker: Der Sozialismus war eine große Utopie der Schaffung einer menschlichen Gesellschaft und der Verwirklichung großer Ideale. Aber ich glaube nicht mehr an Utopien und ihre Umsetzung. Sie existieren nur in der Phantasie. In der Wirklichkeit gibt es keine allgemeinen Heilmittel und man muß stets Schritt für Schritt vorwärtskommen.

UnAUF: Empfinden Sie Haß gegenüber jenen, die Ihnen so oft Unrecht zugefügt haben?

Prof. Goldstücker: Eigentlich nicht. Ich überlege manchmal, ob ich fähig wäre, einen oder anderen derjenigen, die mir Schreckliches angetan haben, zu erschießen. Ich könnte es nicht. Ich bin fähig zum Verzeihen, denn Rache halte ich nicht für ein gutes Mittel. Rache führt immer zu Gegenrache. Einmal muß ein dicker Strich gezogen werden und man muß von Neuem anfangen.

Gespräch führte Ulrike



Zwar war Kafka erst 20 Jahre später in Berlin, aber ein solch schönes Foto paßt auch, wenn es nicht paßt: Der spätere "Rosenthaler Platz", 1888, Links von dem Stammhaus der Firma Loeser & Wolff beginnt die Brunnenstraße, rechts davon zweigt der Weinbergsweg ab. Elsässer und Lothringer Straße, heute noch W.-Pieck-Straße, verlaufen im Vordergrund

Aus: "Berlin - Photographien von F. Albert Schwartz" Nicaolsche Verlagsbuchhandlung

genheit scheut?

Prof. Goldstücker: Sie wird sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen müssen. Es geht nicht anders. Ich glaube, es war ein indisches Sprichwort, welches besagt, daß jeder Mensch so leben sollte, daß er sich bewußt wird, daß er auf den Schul-

UnAUF: Die Debatte ging doch stets immer wieder um das Versagen der Intellektuellen in der DDR oder um die Fehlinterpretation ihrer eigenen Rolle, was ja letztlich auf dasselbe hinausläuft. Wie sehen Sie denn die Rolle der Intellektuellen?

Prof. Goldstücker: Die Rolle

le Seite des menschlichen Lebens zu beeinflussen. Und das ist ein riesiges Gebiet. Empfindungen, Gefühle, Glaube - das ist beeinflussbar.

UnAUF: Welche Art von Glaube meinen Sie?

Prof. Goldstücker: Der Glaube an Gott wird heute immer stärker

SPREE

Beobachter

Heute: Atomkraftwerke und eine tödliche Technik

Als stadtbekannter Kolumnist treten oftmals mir völlig fremde Personen mit Fragen an mich heran, da sich inzwischen verbreitet hat, daß es auf diesem Stern tatsächlich noch jemanden gibt, der mit kühnen Schlußfolgerungen und mutigen Vergleichen Klarheit und Transparenz in die undurchschaubaren Fahrnisse des Alltags bringen kann.

So auch jener ältere Herr, den die Frage quälte, ob denn Atomkraftwerke nun verboten werden sollten oder nicht. Gekleidet in ein Gewand von eitel Tuch verriet seine Haarlosigkeit eine beginnende Glatze.

Nun muß ich leider weiter aus-holen. Wieviel Opfer hat bisher wohl die zivile Atomtechnik gefordert? Seien wir nicht zimperlich und runden großzügig nach oben auf. Tschernobyl 500 000, auf dem Rest der Welt sagen wir die gleiche Anzahl. Ich vernachlässige mögliche zukünftige Opfer, denn an dem Wahn, Prognosen zu stellen, sollten sich lediglich Leute beteiligen, die der törich-

ten Angewohnheit huldigen, mit der Zirbeldrüse zu denken.

Aber bleiben wir, damit es überschaubar bleibt, in unserem Deutschland. Mit Uranabbau der AG Wismut sowie etlichen angenommenen und vertuschten Störfällen in den DDR-AKW's kommen wir in der 40jährigen Geschichte der Kernkraft auf, nur geschätzt, 10000 Todesopfer in Deutschland, worin allerdings alle Dunkelziffern enthalten sind.

Von diesen angenommenen 10000 Toten ist eine hohe Anzahl, bei denen die Todesursache nicht eindeutig auf AKW's zurückzuführen ist. Ich kenne jedoch eine andere Großtechnik, die diese Zahl an Todesopfern in Deutschland jährlich fordert. Und zwar ohne jeglichen Zweifel, ob denn die Opfer nun wirklich daran oder nicht vielleicht an zuviel Rauchen (siehe auch UnAUF Nr. 29 S. 3) und schlechter Ernährung gestorben sind. Der wirkliche Skandal ist aber, daß das Verbot dieser Technik nirgends, bei keiner einzigen

politischen Partei oder Gruppierung, überhaupt zur Debatte steht. Dazu kommt noch, daß diese Technik besonders unter den Kindern ihre Opfer fordert. Ende der 70er Jahre wurde diese Technik für wenige Tage verboten. Heute leben ca. 300 Personen, die sonst garantiert Opfer, und zwar Todesopfer, geworden wären. Durch diese Technik kamen in der Zeit des 2. Weltkrieges mehr Amerikaner um, als durch den Krieg.

Wie geht sowas? Keine Ahnung, aber vielleicht hilft weiter, wenn ich enthülle, daß ich von der Automobiltechnik spreche, die im Gegensatz zur Kernkraft verheerender wirkt, ob in Hinblick auf Naturzerstörung oder Gefährlichkeit. Jeder Tag, an dem in Deutschland der Autoverkehr verboten wäre, würde über 100 Menschen den Unfalltod ersparen. Aber mit Freude opfern wir dem Fetisch Auto die Schwächsten der Gesellschaft, die Umwelt und unser Geld.

Wie auch unser größenwahnsinniger Redakteur, der von der Idee

besessen ist, mit dem hier abgebildeten Gefährt *um die Welt* zu fahren. Das Ende dieser Zeitung wird das nicht bedeuten, aber womöglich das Ende der 14tägigen Erscheinungsweise. Deshalb hier, wie fast überall im Heft der Aufruf: Werdet Redakteur! Pausiert von Eurem Studium für ein halbes oder ein Jahr und hindert diesen Zeitungskörper am Verwesen. Eine Entschuldigung, nicht Redakteur zu werden, gibt es nicht. Wenn einem die Zeitung gefällt, hat man seine Freude und wenn nicht kann man sie zu verbessern suchen.

Wer an seinen Fähigkeiten zweifelt, sollte unbedingt, und sei es der Neugierde wegen, an einer Redaktionssitzung teilnehmen. Denn das einzige Rätsel dieser Zeitung ist, wie sie überhaupt erscheint. Der Redakteur trägt daran natürlich ein gerütteltes Maß Schuld, aber Unfähigkeit war ihm nicht abzugewöhnen. Na und Geld gibts ja auch noch. Für Hauptamtliche gibt es ein Gehalt, das den Ost-BAföG-Höchstsatz übertrifft. Also nur Mut. F.



Muß dem Energiehunger Tribut zollen: Landschaft in Südostanatolien
Foto: Denys aus Köln

Ich will Euch, UnAUFGEFORDERT!

Ich möchte die nächsten ... Das Geld (pro Nr. 1,-DM) ist Nummern ab Nr. ... im auf Euer Konto eingezahlt: BfG, Briefkasten finden. M. Kolbe, 2624780300, BLZ 100

Meine Adresse:

Name Vorname

Str., Hausnr PLZ u. Wohnort

[Bitte eine Kopie des Einzahlungsbelegs beilegen.]

Am einfachsten ist die Abonmierung an unseren Ständen!

Wir garantieren, daß die bestellten Nummern zugeschickt werden, sobald das Geld bei uns auftaucht.

UnAUFGEFORDERT

Unter den Linden 6, Berlin O-1080

DAS ALLERLETZTE

Eine Dunkelziffer

